

Kagan, Robert: America's Crisis of Legitimacy, in „Foreign Affairs“ March/April 2004, pp. 65 ff.

Robert Kagan, Senior Associate der Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden, begründet die US-Außenpolitik im Irak gegen internationale Bedenken und Einsprüche und kritisiert die bisweilen in Washington auftretenden Halbherzigkeiten. Dazu untersucht er das unterschiedliche Verständnis zwischen Europäern und Amerikanern über die Rolle des internationalen Rechts und internationaler Institutionen, wobei er eine Antwort auf „die nebulöse, aber kritische Frage, was internationalem Handeln Legitimität verleiht“, zu geben. Da sich der Satz von Gerhard Schröder „Amerika ist anders als Europa“ nicht länger leugnen lasse, befürchtet er „ein großes philosophisches Schisma“, dessen „gegenseitige Antagonismen die transatlantische Gemeinschaft zu schwächen drohen“.

Es spricht für Kagan, dass er Francis Fukuyamas Prophezeiung vom Siegeszug der liberalen Demokratie („Das Ende der Geschichte?“, deutsch München 1992), der auch er gefolgt sei, inzwischen als Irrtum erkennt. Schon in seinem Buch „Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung“ (München 2003) hatte er ein wenig abfällig geäußert, dass Europas „strategische Kultur“ auf die Verwirklichung des Kantschen „ewigen Frieden“ gerichtet sei, weil es ihm an „bellizistischem Temperament“ fehle. Nachdem seiner Aufforderung, Europa möge seine militärischen Fähigkeiten weiterentwickeln – selbstverständlich unter Respektierung der amerikanischen Hegemonie –, seither keine Taten gefolgt sind, schlägt er einen neuen Ton für die künftigen transatlantischen Beziehungen an. Die Begründung Bushs für den Krieg gegen den Irak, Saddam Husseins Waffenarsenal stelle eine tödliche Bedrohung für die Welt dar, ist für ihn in diesem Zusammenhang eine Marginalie, die nicht näher zu diskutieren ist. Viel wichtiger ist, dass sich Washington eine Selbstbeschränkung aus weltanschaulichen und materiellen Interessen nicht leisten könne.

Nach Kagan lässt sich nicht länger ignorieren, dass die Europäer mehrheitlich die Legitimität der amerikanischen Macht und deren weltpolitische Führungsrolle ablehnen. Insofern könnte sich der „Kampf um die Definition und das Erreichen internationaler Legitimität in dieser neuen Ära (...) als der kritische Wettkampf in unserer Zeit erweisen“. Dazu wendet

der Autor seinen Blick zurück in die Epoche des Kalten Krieges und entmythologisiert die amerikanische Politik, die weit davon entfernt gewesen sei, altruistisch zu handeln. Washington brauche weniger denn je die Zustimmung des paralysierten Sicherheitsrates zu Krieg und Kriegsdrohung. Wenn sich die Vereinigten Staaten auf das internationale Recht beriefen, dann um der Selbstverteidigung willen. Mit dem Fall der Berliner Mauer und der Lenin-Statuen sei die Anerkennung Amerikas als politisch-militärisch-weltanschaulicher Inbegriff der „freien Welt“ eingestürzt. Insofern hatten die europäischen Solidaritätsbekundungen nach dem 11. September nichts anderes im Sinn, als die amerikanische Politik in Afghanistan und gegen den Terrorismus im Zaum zu halten: Die Legitimitätskrise der US-Politik mittels der Blockade im UN-Sicherheitsrat war vollendet.

Dieses Gremium erfüllte aber schon nach dem Ende der Sowjetunion seine Funktion nicht. Daraus zog Clinton die Konsequenz, 1994 Truppen ohne UN-Billigung nach Haïti zu entsenden, und 1998 wurde der Irak im Zuge der Operation „Wüstenfuchs“ ebenfalls ohne ein solches Mandat bombardiert. Aber auch die Europäer umgingen den Sicherheitsrat, so im Kosovo unter dem Schirm der Nato gemeinsam mit den USA, obwohl den Serben keine Aggression gegen einen anderen Staat, sondern die Niedermetzlung der eigenen albanischen Bevölkerung vorgeworfen werden konnte. Damit verletzen die Interventionsparteien einen prinzipiellen Grundsatz der UN-Charta: die Achtung der nationalen Souveränität eines Staates, vor der Henry Kissinger warnte. Für Washington völlig unerwartet, wechselte Joschka Fischer im Falle Iraks die Seiten und berief sich darauf, dass nicht einmal humanitäre Gründe einen Krieg legitimieren könnten: Ein subjektivistischer Faktor zog in die internationale Diplomatie ein.

Daraus sind nach Kagans Auffassung Konsequenzen zu ziehen, wenn die Berufung auf die liberale revolutionäre Tradition der amerikanischen Geschichte, die sich auch in der Bush-Doktrin von 2002 widerspiegeln, nicht mehr ausreicht: Durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und den internationalen Terrorismus sei die Welt komplizierter worden und nur mit dem Abschied von den Maßstäben des Westfälischen Friedens zu bewältigen. Mit anderen Worten: Die USA seien zur Doktrin der Prävention gezwungen – ein Dilemma, für das sie

heftige Proteste Europas ernteten, dass sie die internationale Ordnung missachten würden. Als Beleg für seine These zitiert Kagan Fischers Frage, ob die Europäer tatsächlich gewillt seien, das auszuführen, was anderswo – im Weißen Haus – entschieden werde. Gegen diesen Vorwurf des „US-Unilateralismus“ fordert Kagan Washingtons Entschlossenheit, auch ohne die volle Unterstützung seiner traditionellen europäischen Verbündeten, allen voran Frankreich und Deutschland, zu handeln.

Bedenklich sei jedoch, dass selbst das amerikanische Volk sich mehrheitlich zumindest „die Patina“ der britischen Unterstützung gewünscht habe. Damit kommt für Kagan das Bedürfnis seines Landes nach einer breiten internationalen Zustimmung kritisch unter die Lupe. Der größte Fehler Bushs bestehe darin, das unipolare Dilemma der USA nur allmählich zur Kenntnis genommen zu haben und vor einer expansiven Definition amerikanischer Interessen zurückzuschrecken. Zur Debatte stünden heute jedoch nicht nur die Zukunft des Irak und des Mittleren Ostens im allgemeinen, sondern auch Amerikas Ruf, seine Verlässlichkeit und die Legitimität als „world leader“ im besonderen. Die Europäer können nicht ewig ihre Vision einer humaneren Welt leugnen, so dass sie gezwungen sind, ihr Beharren auf einer formalen internationalen Rechtsordnung in Frage zu stellen. Auch Washington werde Teile der Macht mit an die Europäer abgeben müssen, ohne jedoch die amerikanischen Sicherheitsinteressen und die liberalen demokratischen Überzeugungen aufs Spiel zu setzen. Doch eine neue demokratische Weltordnung auf Bajonetten ist zum Scheitern verurteilt.

Die zahllosen Angebote, die Kagan vorträgt, sollten für die Europäer Anlass genug sein, auf dieser Grundlage mit Washington weiter zu reden; erinnert sei für unseren Zusammenhang an die Vorwürfe gegenüber Arafat, in Camp David auf konkrete Gegenvorstellungen zu Baraks Endstatus-Entwürfen verzichtet zu haben. Deshalb muss für Europa der israelisch-palästinensische Konflikt, dem Kagan keine Zeile widmet, ein besonderes Gewicht haben. Angesichts der jüngsten Eskalation im Irak ist endgültig deutlich geworden, dass die Auseinandersetzungen am östlichen Mittelmeerrand nicht den Kern aller politischen, ethnischen, religiösen und sozialen Spannungen bilden – es sei denn man verbindet mit dieser Auffassung die Überzeugung vom Staat Israel als raum- und kulturfremdem Implantat, das verschwinden müsse. Aufgrund der

offensichtlichen Überforderung Washingtons, neben dem Irak auch im Nahen Osten eine konstruktive Rolle spielen zu können oder zu wollen, ist die Stunde Europas gekommen. Ihr größter Feind ist die Resignation vor der Übermacht Amerikas und dem bisherigen Scheitern aller friedenspolitischen Pläne.

Reiner Bernstein